Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg

Polnische Untersuchungen der Jahre 1989 bis 1993
zu einer Phase des Umbruches in Europa

von

Sabine Bamberger-Stemann

Im Gefolge des Ersten Weltkrieges wurde das europäische Staatensystem des 19. Jhs., das System des Wiener Kongresses, zerstört; seine maßgeblichen Exponenten gingen auf die eine oder andere Weise selbst mit unter, wurden zumindest jedoch entscheidenden Änderungen in Territorium oder Staatsform unterworfen. Zugleich bot der Ausgang des Krieges den nach Unabhängigkeit strebenden Polen erstmals wieder eine realistische Möglichkeit, die Wünsche auf Eigenstaatlichkeit tatsächlich zu etablieren. Die drei Teilungsmächte als die Verlierer des Krieges sahen sich gezwungen, den polnischen Wünschen und dem internationalen Druck der Alliierten nachzugeben. Ein neues Polen entstand, neu im Sinne der Grenzziehungen, neu im Sinne der Staatsform. Mit den alliierten Waffenstillstandsbedingungen schwand in Deutschland die letzte Hoffnung, einigermaßen ungeschoren aus dem verlorenen Kriege herauszukommen, die alte Großmachtstellung behaupten zu können. Zugleich wurde eine polnische Delegation mit Roman Dmowski an der Spitze zu den Friedensverhandlungen zugelassen.

Entscheidend für die hier zu besprechenden polnischen Untersuchungen vom Ende der 1980er bzw. Beginn der 1990er Jahre ist die parallele Entwicklung der Friedenskonferenz auf der einen Seite und der deutsch-polnischen Auseinandersetzung „vor Ort“, in einem der zwischen beiden Staaten umstrittensten Gebiete auf der anderen Seite: in Oberschlesien.

Das obereschlesische Industriegebiet stellte für das Reich eine entscheidende wirtschaftliche Größe dar. Dabei ist nicht nur an die ausführlich von Peter Krüger¹ geschilderte Verbindung zu den Reparationsverhandlungen und den in deren Verlauf festgelegten -zahlungen zu denken, sondern auch an die Versorgung des Reiches mit wichtigen Gütern der Schwerindustrie und vor allem mit Kohle. Die Industrie-Imperien, die im Verlaufe des 19. Jhs. im obereschlesischen Revier aufgebaut worden waren, hatten ein agrarisch strukturiertes Gebiet völlig verwandelt. Während im weiter agrarischen Ost- und Westpreußen sowie in Posen gerade gegen Ende des Jahrhunderts maßgebliche Subventionen seitens des Reiches einzusetzen gewesen waren, um die wirtschaftliche Struktur derart zu stabilisieren, daß die massenhafte Abwanderung der (deutschen) Landbevölkerung und in der Folge die Zuwanderung von Polen verhindert wurde, hatte Oberschlesien einen wirtschaftlichen Aufschwung nahezu ohne Beispiel genommen. Daß dabei die ehemals grundherrlichen Strukturen in eine moderne Industriegesellschaft mit überführt worden waren, die alten Grundherren in den meisten Fällen die neuen Industriekapitäne und die Nachkommen der in Gutsherrschaft lebenden Bauern die neuen Arbeiter in überkommenen Abhängigkeiten geworden waren, stellt ein interessantes Kapitel einer Transformation von der Agrar- zur Industriegesellschaft des ausgehenden

¹ PETER KRÜGER: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 72 ff., 133 ff.

19. Jhs. dar. Auch die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung blieb dadurch in Oberschlesien konstanter als in den anderen östlichen Provinzen Preußens.

Die am 25. Februar 1919 von Dmowski der interalliierten „Kommission für polnische Angelegenheiten“ in Paris überreichte Denkschrift zur polnischen Westgrenze nahm direkten Bezug auf die gemischten Bevölkerungsverhältnisse in Oberschlesien und charakterisierte die deutschsprachige Bevölkerung als Folge einer Germanisierungspolitik Preußens und des Reiches. Mit der Maximalforderung nach Etablierung eines polnischen Staates im Westen Ostmitteleuropas setzte sich Dmowski jedoch – wie u. a. von Broszat² detailliert beschrieben – trotz intensiver französischer Unterstützung gegen die Bedenken Großbritanniens nicht durch. Der Versailler Vertrag bildete damit sowohl für Polen wie für Deutschland eine „herbe Enttäuschung“³, einen „grausamen Schlag“⁴ bzw., so Reichsaußenminister Müller am 23. Juli 1919, den Grund, „mit allen loyalen Mitteln die Revision dieses Vertrages“⁵ anzustreben. Die Abtretung Posens und eines erheblichen Teiles der Provinz Westpreußen an Polen, die Errichtung des Freistaates Danzig und die beschlossenen Plebiszite in den Bezirken Allenstein, Marienwerder und der Provinz Oberschlesien konnten keinen der beiden direkten Kontrahenten befriedigen. Die einsetzende Propaganda sowohl in Deutschland wie in Polen quer durch die Parteien war immens und verließ nahezu umgehend die Basis, die zu einer einvernehmlichen Koexistenz der beiden Nachbarn notwendig gewesen wäre.⁶ Die Fortsetzung des Krieges im östlichen Europa durch den polnisch-russischen Krieg ab 1920 stellt nur die offensichtlichste kriegerische Auseinandersetzung im Gefolge der mangelhaften Stabilität des im Aufbau befindlichen neuen Systems in Ostmitteleuropa dar. Nicht weniger bedrohlich für eine Friedensordnung war jener Schwebezustand in Oberschlesien vor der endgültigen Grenzfestsetzung.

Der Minderheitenschutzvertrag, welchen die polnischen Vertreter mit dem Versailler Vertrag unterschreiben mußten, und die für Polen höchst unbefriedigend ausgegangenen Abstimmungen in West- und südlichem Ostpreußen boten der polnischen Seite ein deutliches Zeichen, daß dringender Handlungsbedarf bestand: In Oberschlesien mußte man die Dinge in die eigene Hand nehmen, ohne in der Hoffnung auf einen günstigen Ausgang des Plebiszites abzuwarten. Der Handstreich General Żeligowskis im Oktober 1920 gegen das litauisch gewordene Wilna mag dabei durchaus als Vorbild gedient haben – auch für die abwartende und zögerliche Haltung der Westmächte.

Die beiden oberschlesischen Aufstände vom 16./17. August 1919 sowie vom 19./20. August 1920 waren von diesem Bestreben nach vollendeten Tatsachen geprägt.

² MARTIN BROSZAT: 200 Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt a. M. 1972, S. 201–208.

³ GOTTHOLD RHODE: Kleine Geschichte Polens, Darmstadt 1965, S. 463.

⁴ Paderewski, zit. nach BROSZAT (wie Anm. 2), S. 206.

⁵ Zit. nach BROSZAT (wie Anm. 2), S. 207.

⁶ KRÜGER (wie Anm. 1), S. 5, geht sogar so weit, diese bilaterale Ebene im Sinne einer europäischen Gesamtordnung zu verallgemeinern, wenn er wohl berechtigterweise meint, es habe 1919 der „entscheidende Wille dazu“ gefehlt, „eine allen Beteiligten annähernd akzeptabel erscheinende europäische Neuordnung“ zu schaffen. Mit Sicherheit war der sich seit Kriegsende bis zum Beginn der 1920er Jahre hinziehende Schwebezustand in einigen Regionen Ostmitteleuropas destruktiv für den Aufbau einer auch in den neuen bzw. wiedererrichteten Staaten funktionierenden politischen und gesellschaftlichen Ordnung.

Der zweite Aufstand – das Abstimmungsgebiet stand bereits seit Februar 1920 unter der Verwaltung von Truppen der Interalliierten Abstimmungskommission – eröffnete, betrachtet man es pointiert, eine zweite Front für Polen: zeitgleich tobte die Schlacht um Warschau, welche schließlich mit dem „Wunder an der Weichsel“ für Polen die ersehnte Wende im Krieg gegen Rußland brachte und damit die Territorialgewinne im Osten im Rigaer Vertrag ermöglichte. Wenn auch dieser zweite Aufstand letztlich bezüglich territorialer Gewinne erfolglos verlief, so erreichte er doch zumindest den Abzug der deutschen Sicherheitspolizei und bei der polnisch orientierten obereschlesischen Bevölkerung einen erheblichen Prestigegewinn. Dieser war nach der beschriebenen polnischen Abstimmungsniederlage in Masurien und im Ermland vom 11. Juli 1920 auch unbedingt notwendig. Die Alliierten verhielten sich erwartungsgemäß zögernd, auch deutlich uneinig und trugen damit zu einer Aufheizung der nationalistischen Stimmungslagen bei.

Die Abstimmung selbst, am 22. März 1921, brachte in ihrer Gesamtheit eine erneute Niederlage für die polnische Seite (59,6% für Deutschland, 40,3% für Polen; 664 Gemeinden optierten für Deutschland, 597 Gemeinden für Polen, die städtische Bevölkerung überwiegend für Deutschland). Eine Note der Reichsregierung vom 1. April 1921⁷ forderte den Verbleib ganz Oberschlesiens beim Reich. Hingegen ermöglichte § 88 des Versailler Vertrages eine Teilung des Abstimmungsgebietes je nach Mehrheitsverhältnissen in den Gemeinden und Bezirken.⁸ Polen strebte nun um so mehr ein *fait accompli* an: Der dritte Aufstand brach los. Die paramilitärischen Einheiten auf beiden Seiten standen sich in härtesten Auseinandersetzungen gegenüber. Der Ausbruch des Aufstandes am 3. Mai, exakt 130 Jahre nach der ersten polnischen Verfassung, ist ebenso symbolisch aufgeladen wie die entscheidende „Schlacht am Annaberg“ am 21. Mai, die zum Symbol des deutschen „Volkstumskampfes“ der Weimarer Republik wie des Dritten Reiches werden sollte und von Teilen der deutschen Publizistik selbst während der deutsch-polnischen Verhandlungen zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nach der Wende in Ostmitteleuropa noch als Symbol für deutsche Territorialansprüche genutzt wurde.

Die zur Besprechung vorliegenden polnischsprachigen Werke behandeln sämtlich jene „Jahre der Unsicherheit 1919–1923“⁹, einige wenige gehen darüber auch hinaus. Ihnen gemeinsam ist der Erscheinungszeitraum: zwischen 1989 und 1993. Sechs Titel entstammen der obereschlesischen Regionalforschung; Herausgeber sind das Instytut Śląski (vier Bände), die Universität und die Pädagogische Hochschule in Oppeln (je ein Band). Die beiden verbleibenden Bände erschienen im West-Institut in Posen bzw. im Selbstverlag des Verteidigungsministeriums. Diese Verbindung von Erscheinungsjahren während des Umbruchs des polnischen Staates und offiziellen bzw. zumindest offiziellen Herausgeber-Institutionen wird zu beachten sein. Wenn Gotthold Rhode 1965 schrieb, die polnische Geschichtsschreibung wolle das Polen vor dem Jahre 1944 am liebsten unerwähnt lassen¹⁰, so sind die veränderten Rahmenbedingungen am Ende der 1980er Jahre zwar in den vorliegenden Titeln spürbar; die meisten bleiben jedoch mehr oder weniger stark in

⁷ KRÜGER (wie Anm. 1), S. 34.

⁸ BROZAT (wie Anm. 2), S. 211.

⁹ Kapitelüberschrift bei KRÜGER (wie Anm. 1), S. 77.

¹⁰ RHODE (wie Anm. 3), S. 453.

sozialistischen und national einseitigen Gedankengängen und Analysemethoden gefangen.

Am interessantesten gerade bzgl. Rhodes Aussage dürfte die Biographie des Wojewoden von Schlesien, Michał Grażyński, sein, die 1989 als überarbeitete Version einer Dissertation der Universität Breslau im Verlag des Instytut Śląski in Opoln erschien.¹¹ Grażyński, erbitterter Gegenspieler der deutschen Minderheitenpolitiker im östlichen Oberschlesien und für die deutsche Literatur nach dem Krieg ebenso ein Deutschenhasser wie für die zeitgenössische Publizistik der 1920er und 30er Jahre, stellt mit seinem Lebenslauf die wechselvollen Facetten der polnischen Geschichte des 20. Jhs. nahezu exemplarisch dar. Absolvent der Universität Krakau als Mediävist, wurde er zu einer der entscheidenden Figuren im Konflikt um die staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens, nicht nur als Leiter der Organisationsabteilung der Polska Organizacja Wojskowa (Polnische Militärische Organisation) und in dieser Funktion in die Vorbereitung des dritten Aufstandes involviert. Vielmehr schaffte er nach dessen Ende nahezu nahtlos den Übergang zu einer Verwaltungskarriere im dann polnischen Teil Oberschlesiens, der Wojewodschaft Śląsk. Die vorliegende „politische Biographie“ von Wanda Musialik schildert gerade die Zeit zwischen 1926 und 1939 sehr detailliert, ausgestattet mit einem reichen Quellenmaterial jener Institutionen, in welchen Grażyński tätig war, sowie privater Materialien der Familie. Sie erhält jedoch immer dann erhebliche Brüche, wenn es um die Beschreibung der Zeit ab 1939 bzw. 1945 geht. Grażyński fand seinen Platz eindeutig auf der Seite der bürgerlichen, im Londoner Exil die polnischen Interessen vertretenden Parteien und Gruppierungen. Somit mußte seine politische Karriere wie seine persönliche Existenzmöglichkeit in Polen nach Errichtung der Volksrepublik eine vorübergehende Episode bleiben.

Während die von den Augenzeugen der Ereignisse beherrschte polnische Literatur der 1950er und 60er Jahre Grażyński zwar erwähnt und seine Funktion in der Auseinandersetzung mit den Deutschen in Ostoberschlesien bzw. mit den deutschen Behörden, wie dem Generalkonsulat in Kattowitz oder dem Regierungspräsidium in Opoln anreißt, blieben seine Verdienste für die Konsolidierung dieser äußerst schwachen Region im neuen polnischen Staat nach 1919 seltsam unscharf. Musialik kann sich zwar von dieser Unsicherheit der Wertung freimachen, bei ihr bleibt jedoch die Zeit ab 1939 gefüllt mit Leerformeln und harrt somit weiter detaillierter Aufarbeitung. Ausführliche Kapitel zu Funktionen und Bedeutung Grażyńskis für die polnische Pfadfinderbewegung täuschen über diesen Tatbestand nur hinweg. Gewiß wäre es auch für die deutsche Geschichtswissenschaft von Interesse, die Person Grażyńskis einmal von dem Ballast jener „Volkstums“-Auseinandersetzung zu befreien. Diese Arbeit kann dazu ein Einstieg sein.

Noch weit mehr von den Zeichen der „alten Zeit“ geprägt ist der Band von Zyta Zarzycka zu den polnischen Spezialeinheiten in Oberschlesien bis 1921.¹² Herausgegeben im Verlag des Verteidigungsministeriums, bietet allein dies schon

¹¹ WANDA MUSIALIK: Michał Tadeusz Grażyński 1890–1965, Verlag Instytut Śląski, Opole 1989.

¹² ZYTA ZARZYCKA: Polskie działania specjalne na Górnym Śląsku 1919–1921 [Polnische Spezial-Unternehmungen in Oberschlesien 1919–1921], Wydawnictwo Ministerstwa Obrony Narodowej, Warszawa 1989.

einen Einblick in die Zielsetzung des Buches: die Verherrlichung der oberschlesischen Aufstände als einer militärisch ausgereift geplanten, von einer Massenbewegung getragenen Unternehmung zur Wiedervereinigung Oberschlesiens mit dem Mutterland (S. 5). Die Vf.in geht noch weiter: Für die Ausgestaltung der Unabhängigkeit des polnischen Staates seien die schlesischen Aufstände von herausragender Bedeutung. Daß es sich bei allen drei Aufständen letztlich um gescheiterte, bürgerkriegsähnliche Aktionen handelte, bleibt ohne Erwähnung. Die „Rückkehr“ Oberschlesiens nach Polen wird als großer politischer wie auch gesellschaftlicher Erfolg gefeiert (ebenda). Die Aufmachung des Bändchens unterstreicht diese Sichtweise. Eine Vielzahl von Abbildungen zeigt wohlgeordnete, militärisch ausgestattete Gruppen von Kämpfern, zu Teilen in Uniformen; dazu die typischen Photos militärischer Befehlshaber mit festem Gestus und Blick – Identifikationsfiguren eben – und (ohne relativierende Unterschriften) rein topographisch bezeichnete Operationsziele, d. h. gesprengte Gebäude und Brücken.

Die Arbeit entstand als Dissertation an der Militärakademie in Warschau und hat als Basis eine interessante Auswahl von archivalischen Quellen, darunter die Operationsakten der einzelnen Aufständischen-Einheiten, diverse Augenzeugenberichte und eine nahezu vollständige Auswertung der Zeitschriften/Zeitungen der Aufständischen und der Veteranenverbände. Bleibt die Darstellung auf rein militärische Sachverhalte beschränkt, ist sie nutzbringend und geprägt von Detailkenntnis. So stellt sie z. B. ein Organisationsschema der verschiedenen Einheiten des dritten Aufstandes ebenso vor (S. 68) wie eine farbige Karte dieses Aufstandes, die in sehr übersichtlicher Weise dessen Ausbreitung und die Stoßrichtung einzelner Operationen verdeutlicht (S. 76). Außerordentlich detailreich schildert sie auch die zentrale Operation des dritten Aufstandes, die „Akcja Mosty“, einschl. einer farbigen Karte (S. 118). Ziel der Operation war die Zerstörung vornehmlich der Eisenbahnbrücken über die Oder, um die militärischen Nachschublinien und die für die Wirtschaft des oberschlesischen Industriegebietes wichtigen Transportwege zu unterbrechen. Die Darstellung wird sogar noch kleinräumiger, wenn die Autorin ausführlich Struktur, Befehlsstränge und Aktionsradius der sog. Gruppe „Wawelberg“ beschreibt, die vor allem gegen Ende Mai 1921 scharfen Angriffen der deutschen Selbstschutzeinheiten südlich von Oppeln gegenüberstand und deren Untergruppe „Wschód“ eng mit Michał Grażyński verbunden war (S. 150ff.). Die Autorin geht jedoch einen besonders wichtigen Schritt nicht – kann ihn wohl infolge des Umfeldes bei der Entstehung der Arbeit nicht gehen: Sie hinterfragt in keiner Weise die Verknüpfung von Politik und Militär in ihrer Funktion für den Aufstand.¹³ Das Bändchen ist somit eher dem Bereich militärischer Hagiographie zuzurechnen und ein Relikt aus den Zeiten eines noch nicht wieder demokratischen Polen.

¹³ Ganz anders PRZEMYSŁAW HAUSER in seinem Band „Śląsk między Polską, Czechosłowacją a separatyzmem. Walka Niemiec o utrzymanie prowincji śląskiej w latach 1918–1919 [Schlesien zwischen Polen, der Tschechoslowakei und dem Separatismus. Der Kampf Deutschlands um die Erhaltung der Provinz Schlesien in den Jahren 1918–1919]“, Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, Poznań 1991 (Seria Historia, 168), der damit weit über den reinen Radius der Militärgeschichte hinausgreift.

Ebenso zeitgebunden und damit nach der Wende in Polen nur noch rudimentär wissenschaftlich auswertbar ist die Untersuchung von Bożena Malec-Masnyk.¹⁴ Ebenfalls erschienen im Umbruchjahr 1989, repräsentiert sie den Geist der sozialistischen Zeit auch terminologisch und bei der Auswahl der Quellen. Neben einigen deutschen und angelsächsischen Untersuchungen – ein Tatbestand, der sie aus der Vielzahl anderer Untersuchungen der Vor-Wendezeit in Polen deutlich heraushebt – und für die polnische Außenpolitik hoch bedeutsamen Quellenbeständen wie denjenigen der Botschaften in Berlin, London, Paris und Washington stehen Schriften Lenins zur Nationalitätenfrage. Die Arbeit, eine Dissertation an der Pädagogischen Hochschule Oppeln, scheint geprägt von einem Wechselbad des politischen Standpunktes der Autorin, von einer Unsicherheit, wohin „die Reise geht“ in diesem sich zunehmend öffnenden Polen.

Nach einem ideologiekritischen Einstieg in den Begriff Plebiszit (S. 8f.) wendet sich die Autorin ausführlich den Umständen der Abstimmung und deren Ergebnis zu. Zentral ist dabei die Frage nach der Beeinflussung des Wahlergebnisses durch die verschiedenen Gruppen von Wahlberechtigten, insbesondere wegen der Wahlberechtigung für im Abstimmungsgebiet geborene, aber nicht mehr dort wohnhafte bzw. für außerhalb des Abstimmungsgebietes geborene, zum Zeitpunkt der Abstimmung jedoch dort wohnhafte Personen. Die Autorin bezeichnet diese Gruppen als „imigranci“ bzw. „emigranci“ und vollzieht bereits mit diesen Begrifflichkeiten eine deutliche Wertung. Noch aussagekräftiger wird ihre Berechnung im Anhang (S. 259f.), wenn sie das Verhältnis von deutschen und polnischen Stimmberechtigten auf der Basis der Zählung von 1910, der Kommunalwahlen von 1914 und des Plebiszites aufschlüsselt: Die Abstimmung war nach ihrer Sicht zugunsten der deutschen Seite manipuliert.

Wenig einsichtig in ihrem Nutzen ist hier die altbekannte These, die als zentrales Ergebnis des Bandes im Vorgriff auf die Zeit nach der Abstimmung vorgebracht wird, die Abstimmung habe gleichsam die ethnischen Fakten dokumentiert, indem die tatsächliche, von der Autorin „objektiv“ genannte nationale Herkunft und damit Identität eines jeden Abstimmenden hervorgetreten sei und er im Bewußtsein dieser Zugehörigkeit optiert habe. Zugleich aber wertet die Autorin dieses Beweismittel wieder ab, indem sie es – scheinbar logisch – in die Motivation der Westmächte einordnet: Die Abstimmung sei Produkt eines politischen Opportunismus, ein Versuch der Rechtfertigung eben dieser Mächte, da sie dem Standpunkt Polens – sprich: den territorialen Forderungen Dmowskis – nicht entsprochen hatten. Das zeige sich daran, daß Plebiszite überall dort abgehalten worden seien, wo die Veränderung der Grenzen den Vorstellungen Großbritanniens, Frankreichs, der USA und Italiens entsprochen hätten, jedoch nicht denen der unmittelbar Beteiligten, d. h. Polens und Deutschlands. Somit seien die Plebiszite auch die Probe aufs Exempel der Beziehungen der Alliierten untereinander und hätten zugleich die deutsch-polnischen Beziehungen so negativ beeinflußt, daß in ihrem Gefolge in Oberschlesien der Aufstand ausgebrochen sei (S. 252). Diese Argumentationslinie hält einer ernsthaften Überprüfung kaum stand, zeigt aber eine merkwürdig anmutende Übereinstimmung mit gewissen deutschen Publikationen der

¹⁴ BOŻENA MALEC-MASNYK: Plebisycy na Górnym Śląsku (geneza i charakter) [Die Abstimmung in Oberschlesien (Genese und Charakter)], Verlag Instytut Śląski, Opole 1989.

1930er Jahre nach dem deutsch-polnischen Vertrag von 1934, in welchen die Sieger des Ersten Weltkrieges plötzlich als Sündenböcke für ein vorgeblich eigentlich harmonisches, nachbarschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Polen erhalten mußten. Das Buch endet somit eher unbefriedigend und argumentativ schwach, während die deskriptiven Teile, vor allem die zahlenmäßige Aufarbeitung der Abstimmungsergebnisse, eine wichtige Zusammenstellung bieten.

Die Wirkung der neuen polnischen Staatlichkeit auf die Entwicklung in Schlesien im Jahre 1918 untersucht ein gemeinsam vom Instytut Śląski in Oppeln, vom Instytut Naukowo-Badawczy in Oppeln und von der ebendort ansässigen Pädagogischen Hochschule herausgegebener Sammelband,¹⁵ der die Beiträge einer Tagung der drei Institutionen am 11. November 1988 anlässlich des 70. Jahrestages der sog. „Wiedergeburt der Republik Polen“ zusammenstellt. Die Referenten bzw. Autoren kommen sämtlich aus dem Bereich der schlesischen Regionalforschung, überwiegend aus dem Instytut Śląski in Oppeln. Die Themen der Beiträge stehen eng am termingebundenen Anlaß der Tagung; offensichtlich war eine repräsentative, dem Anlaß verpflichtete wissenschaftliche Äußerung angestrebt. Deutlich wird dies auch am Inhalt und an der Qualität der vorgelegten Beiträge: Es sind keine neuen oder zumindest einen gewissen Erkenntnisfortschritt beinhaltenden Thesen zu entnehmen. Hingegen bietet der Band eine interessante Zusammenstellung der im Entstehungszeitraum offiziell vertretenen polnischen historischen Sicht auf die Situation Schlesiens in jenem Jahr 1918. Von dieser Warte ist er historiographisch gewiß bedeutsam, gerade wenn man sich die Veränderungen in Polen und damit auch in der dortigen Wissenschaftslandschaft nach 1989/90 ins Gedächtnis ruft.

Sehr einer nationalen Sichtweise verhaftet ist der längste der Vorträge, der Beitrag von Stanisław Sławomir Nicieja zur Bedeutung des 11. November 1918 für die Geschichte und Tradition des polnischen Volkes (S. 9–46). Wenn er das Jahr 1918 als eine „bahnbrechende Zäsur in der Geschichte der europäischen Zivilisation“ (S. 9) bezeichnet, so ist damit primär die (wieder) errichtete Eigenstaatlichkeit Polens gemeint. Die Geschichte Europas und letztendlich die Moralität des europäischen Staatensystems wird hier einmal mehr mit der Existenz eines souveränen Polen verknüpft. Gleichzeitig charakterisiert er dieses Jahr 1918 als eine der größten Niederlagen der deutschen Geschichte, als Auftakt zu einer „bitteren Zeit“ und zu einer Anarchisierung des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland insgesamt (S. 9). Diese beiden Pole markieren auch die zentralen Aussagen des Aufsatzes und umreißen programmatisch den gesamten Band. Wenn N. dann noch als Folge des Ersten Weltkrieges für viele der Völker Ostmitteleuropas, so auch die Ukrainer, das Erreichen der Eigenstaatlichkeit, zumindest jedoch von föderativen Strukturen in anderen Staaten (S. 10), beschreibt, ist die Ausblendung problematischer Ansätze der polnischen Staatlichkeit der Zwischenkriegszeit vorprogrammiert. Demokratisierung wird gleichgesetzt mit Aufhebung des Mächtesystems des Wiener Kongresses, der Erste Weltkrieg gleichsam zum Befreiungskrieg Polens stilisiert. Gewiß nicht mehr folgen kann man dem sich aus diesem Polozentrismus für N. ergebenden Fazit: „Aus den Ruinen des Ersten Weltkrieges ent-

¹⁵ Wpływ odrodzenia Rzeczypospolitej w 1918 roku na losy Śląska [Der Einfluß der Wiedergeburt Polens im Jahre 1918 auf das Los Schlesiens], hrsg. von MICHAŁ LIS, Verlag Instytut Śląski, Opole 1989.

stand *damit* (Hervorhebung, S. B.-St.) ein neues, erheblich demokratischeres Europa ...“ (S. 11).

Die übrigen Beiträge, die hier nicht alle im einzelnen besprochen werden, entsprechen ebenfalls diesem Schema. Eine großpolnische Sicht ist besonders spürbar in dem Vortrag von Michał Lis über die Beziehungen der Zweiten Republik zu den polnischen Pfadfindern im Opperler Schlesien, d. h. im deutschen Teilungsgebiet (S. 131–152). Er sucht einmal mehr die Existenz polnischer Bevölkerung in Schlesien aus einer (angeblich ausschließlich polnischen) mittelalterlichen demographischen Situation herzuleiten, die in großen Zügen von der Sichtweise des 19. Jhs. und seinen nationalen Auseinandersetzungen geprägt ist. Es wäre gewiß von hohem Interesse, die Funktionsweisen polnischer Organisationen in Westoberschlesien nach der Abstimmung detaillierter zu beleuchten; die Möglichkeit war bei Entstehung dieses Bandes dazu noch nicht gekommen. Einen ebenso zweifelhaften Ausgangspunkt nimmt Stanisław Senft in seinem Beitrag über die Idee der Unabhängigkeit Polens unter der „einheimischen“ Bevölkerung Schlesiens von der Zwischenkriegszeit bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs ein (S. 237–247). Was ein wichtiger mentalitätsgeschichtlicher Ansatz sein könnte, verharrt hier einmal mehr in einer Repetition nationalhistorischer Sehweisen. Die „Rückkehr von 850000 autochthonen Polen ins Mutterland“ nach dem Zweiten Weltkrieg ist nur eine der Leerformeln. Flucht und Vertreibung 1945 und später werden als „Chance einer endgültigen Korrektur einer jahrhundertelangen Germanisierung“ und – noch darüber hinausgehend – „einer vollständigen Vereinigung der Bewohner des heimgekehrten Schlesiens mit dem polnischen Volk/der polnischen Nation nach der Aussiedlung des deutschen ethnischen Elementes“ bezeichnet (S. 245).

Einen wesentlich integrativeren Ansatz, bezogen auf die deutsch-polnischen Beziehungen in Schlesien, verfolgt Wiesław Lesiuk in seinem Buch über die sozialistische bzw. sozialdemokratische Bewegung deutscher und polnischer Herkunft im Regierungsbezirk Oppeln in den Jahren 1918–1922/23.¹⁶ Allerdings ist in bezug auf dieses Thema bereits seit den 1960er Jahren in der polnischen Literatur der Versuch feststellbar, die nationalen Grenzen nicht wirksam werden zu lassen. Die Internationalität der sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegung als Programm fand damit Eingang in die historische Forschung, übereinstimmend natürlich auch mit dem impliziten staatlichen Auftrag, Elemente der Geschichte der Zweiten Republik identifikationsstiftend für die Volksrepublik zu instrumentalisieren. Die Quellen, die L. verwendet, schließen auch westliche Aktenbestände ein – sicher jedoch nicht in ausreichendem Maße, um die Geschichte der schlesischen Sozialdemokraten oder Kommunisten ausreichend zu würdigen und einzuordnen. Hier besteht tatsächlich ein erheblicher Nachholbedarf auch von deutscher Seite. Gerade für die von L. ausführlich beschriebene Abstimmungs- und Aufstandszeit (S. 157–192) wäre die Position der deutschen Linken in Schlesien als Teil einer regionalen und mit nationalen Problemen beladenen Parteienlandschaft zu untersuchen. Der Autor differenziert relativ wenig zwischen den deutschen und den polnischen parteipolitischen Ansätzen, ebenso undifferenziert wirkt die Be-

¹⁶ WIESŁAW LESIUK: *Polski i niemiecki ruch socjalistyczny w rejencji opolskiej w latach 1918–1922/23* [Die polnische und deutsche sozialistische Bewegung im Regierungsbezirk Oppeln in den Jahren 1918–1922/23], Verlag Instytut Śląski, Opole 1989.

schreibung sozialdemokratischer und kommunistischer Positionen bei beiden nationalen Gruppen. Er mißt aber zumindest beiden nationalen Sehweisen eine Berechtigung zu, die sein Buch deutlich von den vorher besprochenen Titeln unterscheidet. Wenn er in der Zusammenfassung schreibt (S. 239), im Abstimmungskampf hätten sich die deutschen wie die polnischen Sozialdemokraten aktiv an den Kämpfen beteiligt, seien zu ihren jeweiligen nationalen militärischen Einheiten gestoßen und hätten den Klassenkampf jenen nationalen Zielen untergeordnet, so klingt in aller Pauschalität des Urteiles und bei Berücksichtigung der oben beschriebenen Funktionsweisen von Studien zu dieser Thematik doch ein differenzierterer Betrachtungsansatz durch. Es paßte natürlich auch durchaus in das Selbstverständnis des polnischen Staates vor der Wende, gerade die Teile Oberschlesiens als territorialen Zugewinn des Ersten Weltkriegs erhalten zu haben, die aus ihrer großindustriellen Struktur heraus – anders als das vornehmlich agrarische Oppelner Gebiet – besonders starke Bastionen sozialdemokratischer, kommunistischer und gewerkschaftlicher Organisationen gewesen waren. Somit kann L. relativ leicht auf scharfe Kritik an der Größe der durch die Teilungsentscheidung der Alliierten an Polen gekommenen Gebiete verzichten.

Auch der letzte der zu besprechenden Bände über diese unmittelbare Nachkriegszeit in Oberschlesien¹⁷ trägt noch nicht vollständig den veränderten Rahmenbedingungen politischer und gesellschaftlicher Art in Polen Rechnung, die heute die dortige historische Forschung auszeichnen. Er ist ebenfalls noch deutlich vom Geist der „wiedergewonnen Gebiete“ geprägt, ordnet die Territorialgewinne Polens nach dem Ersten Weltkrieg nahtlos ein in die Geschichte einer deutschen „Okkupation“ im 16. Jh., einer nachfolgenden scharfen Germanisierungspolitik und eines Abstimmungskampfes der Jahre 1919 bis 1921 als des logischen Widerstandes einer unterdrückten Bevölkerung. Im Zentrum von Franciszek Serafin's Darstellung steht der bewaffnete Kampf im Kreis Pleß, eine dort vorgeblich vorhandene Massenbewegung. Diese wird sowohl als antideutsch und propolnisch wie auch als antikapitalistisch im Sinne der Durchsetzung von Forderungen der Industrie- und Landarbeiterschaft charakterisiert. Zumindest zwei Aspekte des Bandes sind jedoch hervorzuheben: Zum einen präsentiert er äußerst umfassend Zeitungs- und Zeitschriftenmaterialien, eine Quellengattung, die gerade in bezug auf die regionalhistorische Forschung von besonderer Wichtigkeit ist, bis heute aber nicht nur für Oberschlesien viel zu wenig Beachtung gefunden hat. Zum anderen sind einige sehr fein gezeichnete, übersichtlich gestaltete und inhaltlich außerordentlich informative Karten enthalten, die das kleinräumige Gebiet leicht erschließen. S. bietet auch wiederholt Tabellen, so bei der Beschreibung der Bevölkerungsentwicklung von 1852 bis 1910 (S. 24), den polnischen (S. 72) und den deutschen (S. 74) Verbänden im ersten Aufstand, der Stärke der Arbeiterbewegung 1920 (S. 110), und Übersichten zur Organisationsstruktur der Aufständischenverbände des dritten Aufstandes und zu den Abstimmungsergebnissen (gegliedert nach Orten, darin wieder unterteilt nach Wahlberechtigten und abgegebenen Stimmen). Diese rein demographisch- bzw. organisatorisch-deskriptiven Teile bilden zweifel-

¹⁷ FRANCISZEK SERAFIN: *Stosunki polityczne, społeczne i ruch narodowy w Pszczyńskim w latach 1918–1922* [Politische und soziale Verhältnisse und die nationale Bewegung im Pleßer Land in den Jahren 1918–1922], Verlag Uniwersytet Śląski, Katowice 1993.

los die Stärke des Bandes, während in den analytischen Teilen des Textes die beschriebenen Mängel der Ausgangsthesen voll durchscheinen. So ist es wohl kaum möglich, die Entwicklung des Kreises Pleß im 19. Jh. ohne eine ausführliche Beschreibung der fürstlichen Besitzstrukturen und damit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auch der Zeit nach 1918/19 zu charakterisieren. Diese und andere Auslassungen muten gezielt an und lassen die Aufstandsbewegung in Pleß wie eine Volksbewegung gegen den preußisch-deutschen Staat erscheinen. Der Rückgriff auf die Funktion von „Herosen“ des polnisch geprägten Oberschlesien – hier die Druckerei von Karol Miarka – für den Anstieg des polnischen Identitätsanteiles unter der oberschlesischen Bevölkerung wird sodann zur Vorbereitung jener scheinbaren Massenbewegung.

Über den Zeitraum einer noch offenen Territorialfrage, d. h. die Jahre 1921/23, weit hinaus gehen die beiden abschließend zu betrachtenden Bände. Der von Andrzej Szefer¹⁸ herausgegebene Tagungsband dokumentiert die Ergebnisse einer Tagung von 1987 in Kattowitz anlässlich des 50. Jahrestages des Endes der Genfer Konvention für Oberschlesien. Die Genfer Konvention vom 15. Mai 1922 (von deutscher Seite am 30. Mai, von polnischer Seite bereits am 24. Mai 1922 ratifiziert), sollte für 15 Jahre die Folgen der Teilung Oberschlesiens mildern und für alle Beteiligten und Betroffenen in letzter Konsequenz auch handhabbar machen. Das höchst umfangreiche Vertragswerk¹⁹ regelt vornehmlich wirtschaftliche, infrastrukturelle, vorrangig aber Minderheitenfragen. Nachdem Polen in Versailles einen Minderheitenschutzvertrag hatte unterschreiben müssen und dies von Deutschland seitens der Alliierten nicht verlangt worden war, stand der Schutz der gegenseitigen Minderheiten im Zentrum der Auseinandersetzungen beider Nachbarn bis 1939. Die Instrumentalisierung des Minderheitenproblems erfolgte sowohl auf der Ebene der hohen Politik wie zwischen den in beiden Staaten lebenden Minderheiten als solchen und war eng verbunden mit der Beeinflussung der jeweiligen Minderheiten im Nachbarland durch Warschau und Berlin. Die Genfer Konvention setzte für die Teilungsgebiete in Oberschlesien eine Gemischte Kommission aus deutschen und polnischen Vertretern unter dem Vorsitz des Schweizers Felix Calonder ein. Der Kommission waren sämtliche Proteste bezüglich der Behandlung von Minderheiten im Teilungsgebiet vorzulegen; erst nachdem sich die Kommission der Angelegenheiten angenommen und eine Empfehlung ausgesprochen hatte, konnte gegebenenfalls der Gang vor den Völkerbund getan werden. In einmal mehr verwunderlicher Übereinstimmung, wenn auch aus vollständig unterschiedlichen Gründen, lehnten die Weimarer Republik, das Dritte Reich und Polen einhellig diese Konvention, zumindest bezüglich ihrer Minderheitenpassagen, ab. Die weitsichtige Einrichtung einer gleichsam exterritorialen Verwaltungs- und Petitionsebene wurde übereinstimmend als Eingriff in innerstaatliche Angelegenheiten empfunden, der deutsch-polnische Vertrag von 1934 entsprechend euphorisch als wahrer Durchbruch zu bilateralen Beziehungen gefeiert und das Auslaufen der Konvention 1937 von Regierungen wie Minderheitenvertretern herbeigewünscht. Es ist kaum zu

¹⁸ Niemcy wobec konfliktu narodowościowego na Górnym Śląsku po I wojnie światowej [Deutschland und der Nationalitätenkonflikt in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg], hrsg. von ANDRZEJ SZEFER, Verlag Instytut Zachodni, Poznań 1989.

¹⁹ Reichsgesetzblatt 1922, T. II, ab S. 238.

leugnen, daß die Konvention wie das gesamte Minderheitenschutzsystem des Völkerbundes – insbesondere in seiner Anwendung – eine höchst mangelbehaftete Einrichtung war. Dennoch läßt sich jedoch auf die Frage nach den Alternativen kein grundsätzlich besseres System erkennen. Die nationalen Engstirnigkeiten der Staatengemeinschaft Ostmitteleuropas einschließlich des Reiches ließen bilaterale Vertragswerke und Schutzmechanismen nicht zum Zuge kommen, blockierten zugleich jedoch auch die multilateralen Regulierungssysteme.

Der vorliegende Tagungsband geht mit polnischen wie deutschen Sichtweisen der 1920er und 1930er Jahre und weiterhin sogar mit Teilen der Vertriebenenliteratur und -publizistik in Deutschland bis in die jüngste Gegenwart in seiner Ablehnung der Genfer Konvention konform.²⁰ Er nimmt sie letztlich auch nur zum äußeren Anlaß, nicht jedoch zum zentralen Thema und greift darüber hinaus zu dem Mittel, die Bedeutung der Konvention in ihrer Wirkung für das eigene nationale Teilungsgebiet zu negieren oder abzuschwächen. So enthält der Band zwar einen Beitrag von Franciszek Połomski zur Genfer Konvention und ihren Umsetzungen im Gebiet des Opper Schlesien (S. 31–44), es fehlt jedoch eine Untersuchung über die andere Seite der Grenze. Hier verlegen sich die Autoren auf Untersuchungen zur Bedeutung der Konvention nach 50 Jahren (Leonard Smolka, S. 172–176) und zur Bewertung des Erlöschens der Konvention 1937 durch die Parteien in Ost-Oberschlesien – primär der polnischen Parteien und primär positive Wertungen (Tomasz Fałęcki, S. 157–171). Im großen und ganzen wird so der Band letztlich eine Zusammenstellung von Aufsätzen zur Geschichte Oberschlesiens nach dem Ersten Weltkrieg, unter besonderer Berücksichtigung des polnischen Teilungsgebietes, leider auch hier eher repräsentativ dem Anlaß verpflichtet als durch neue Erkenntnisse wirkend.

Eleonora Sapia-Drewniak beschäftigt sich in ihrer Studie²¹ mit außerschulischen polnischen Bildungseinrichtungen im Opper Schlesien bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Das behandelte Thema ist ebenso komplex und wichtig wie zwischen deutschen und polnischen Wissenschaftlern umstritten. Letztlich handelt es sich dabei um die Frage der Wirksamkeit des preußischen Schulwesens für eine Minderheit, d. h. um Identitätsfindung durch Bildung. Das Minderheitenschulwesen im westlichen Oberschlesien wurde in der behandelten Zeit geprägt durch ein – wenn auch wenig befriedigendes und ebensowenig friedliches – Nebeneinander von staatlichen Schulen und staatlich unterstützten privaten Volks- und

²⁰ Daß der „Vertrags-Ploetz“ in seiner 1953er Ausgabe (Konferenzen und Verträge . . . , Teil 2: 1493–1952, Bielefeld 1953) den Inhalt der Genfer Konvention (S. 307) als Regelung der „Rechtsstellung von Personen und Eigentum, die auf Grund des Versailler Diktats [sic] der polnischen Staatshoheit unterstellt wurden“, definiert und der Brockhaus in seiner neuesten Ausgabe weder im Abschnitt Oberschlesien noch unter der Aufzählung der verschiedenen Genfer Konventionen die ober-schlesische erwähnt, ist bezeichnend für die Wertung dieses Vertragswerkes auch im allgemeinen Bewußtsein.

²¹ ELEONORA SAPIA-DREWNIAK: Polska oświata pozaszkolna w rejencji opolskiej w latach 1922–1939 [Polnische außerschulische Bildung im Regierungsbezirk Opper in den Jahren 1922–1939], Verlag Wyższa Szkoła Pedagogiczna im. Powstańców Śląskich w Opolu, Opole 1991 (Wyższa Szkoła Pedagogiczna im. Powstańców Śląskich w Opolu, Studia i monografie, nr. 178).

Mittelschulen.²² S.-D. wendet sich einem noch spezielleren Kapitel zu: der außerschulischen Bildung polnischer Kinder, anders gesagt: deren Sozialisation in Vereinen, Sprachkursen u. ä. Sie untersucht die Wirkungsweise der verschiedenen Institutionen, deren Organisationsform, die Frequentierung durch die „Schüler“, die Struktur der „Schülerschaft“. Dabei ist der von ihr verwendete Begriff Schüler hier infolge der Verschiedenartigkeit der handelnden Institutionen und Vereine sowie der unterschiedlichen Form der „Bildung“ kaum angebracht.

Die Quellenbasis ist auf den ersten Blick außerordentlich breit und schließt die wichtigsten Institutionen auch des deutschen Verwaltungsapparates ein, die mit der Thematik befaßt waren. Sieht man jedoch genauer hin, so ist die Auswertung der Quellen durch die Autorin nicht sonderlich dicht; man kann sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß die Akten des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sowie die der Deutschen Stiftung, die einmal bzw. viermal im ganzen Band zitiert werden, weit mehr Material bergen könnten, das heute gewiß intensiver auswertbar wäre als zu Zeiten der Entstehung der Arbeit. Als außerschulische Bildung definiert die Autorin (S. 7) „vielfältige Formen von pädagogischer Bildung und Tätigkeiten, die das gesetzlich verankerte Schulwesen überschreiten“. Diese werden von ihr primär als Bildungsarbeit gegen eine staatlich forcierte Germanisierung in den Schulen gesehen (S. 16). Offensichtlich sind damit auch Eingriffe der Ministerien und staatlichen Schulverwaltung in die polnischen privaten Schulen gemeint. Die Zahlen der Besucher von Sprachkursen u. ä. bieten ein aufschlußreiches Grundlagenmaterial; leider fehlt eine sozio-kulturelle Analyse, wie sich diese außerschulischen Bildungsmaßnahmen tatsächlich in einer Stärkung des Polentums im westlichen Oberschlesien niederschlugen. Auch die Finanzierung und die Zielsetzungen z. B. seitens des Związek Polaków w Niemczech (Verband der Polen in Deutschland), der Zentralorganisation der polnischen Minderheit, die sämtliche Maßnahmen strikt überwachte, bzw. die Auswirkungen der vorübergehenden Abspaltung einer eigenständigen ober-schlesischen Organisation der dort lebenden Polen, werden noch nicht erschöpfend behandelt. Es bleibt zu hoffen, daß dieser komplexe Bereich außerschulischer Sozialisation und Identitätsfindung bei Minderheiten zukünftig noch einer genaueren Betrachtung unterzogen wird.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Bände in ihrer Verschiedenartigkeit die Umbruchzeit Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und damit auch historischer Forschung zu Oberschlesien und der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in Polen repräsentieren. Eine zu erwartende weitere Entwicklung des Verlagsprogrammes des Institut Śląski in Oppeln, aus welchem die Mehrzahl der besprochenen Bücher stammt, erfolgte erst später. Möglicherweise war auch das Thema nicht dazu angetan, starre, für den schlesisch-polnischen Konnex integrative polnische Positionen zu verlassen. Fast alle Bände sparen die internationalen Aspekte, die die Abstimmungszeit maßgeblich beeinflusst und geprägt haben, bis auf wenige pauschale Äußerungen aus. Die Bewegung der polnischen Geschichtsschreibung in ihren etablieren Institutionen und Verlagen hin zu einer nachkommunistischen und differenziert-nationalen Sicht der Dinge setzte mit diesen Publikationen erkennbar noch nicht ein.

²² Das polnische Gymnasium in Beuthen stellt dabei einen Sonderfall in der schulischen Landschaft dar, der an dieser Stelle nicht weiter betrachtet werden kann.